

clairement les causes de ces disparités et que l'on analyse par la suite leur évolution.

#### Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt einstimmig, die Motion zu überweisen.

#### Proposition de la commission

La commission propose à l'unanimité de transmettre la motion.

#### Ueberwiesen – Transmis

92.313

### Standesinitiative Wallis Hilfe an finanzschwache Regionen Initiative du canton du Valais Politique d'aide aux régions financièrement faibles

Kategorie V, Art. 68 GRN – Catégorie V, art. 68 RCN

#### Wortlaut der Initiative vom 8. Dezember 1992

Der Grosse Rat der Republik und des Kantons Wallis fordert den Bundesrat und die eidgenössischen Räte auf:

- den Finanzausgleich zu verstärken und dessen Finanzierung zu gewährleisten;
- das Bundesgesetz über Investitionshilfe für Berggebiete (IHG), das Bundesgesetz über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen in Berggebieten und das Bundesgesetz über die Förderung des Hotel- und Kurortskredites zu revidieren und sie wie folgt im Sinne eines «Gesetzes für die Berggebiete» auszugestalten:
  - es ist eine globale, integrierte Politik für die Berggebiete zu entwickeln, die insbesondere die sektoriellen Politiken mit der Regionalpolitik koordiniert;
  - es sind Wirtschaftsförderungsmassnahmen vorzusehen, die qualifizierte Arbeitsplätze in Berggebieten aufrechterhalten und schaffen;
  - für die Randregionen soll im Bereich der Telekommunikation und der Infrastrukturen zur Erleichterung der wirtschaftlichen Tätigkeit Chancengleichheit gewährleistet werden;
  - der IHG-Fonds ist stärker zu dotieren, und die Unterstützung an KMB mittels Bürgschaften und Zinskostenbeiträge ist auszudehnen;
- den Tourismus im Ausland über vermehrte Subventionen zugunsten der Schweizerischen Verkehrszentrale zu fördern;
- die Beteiligung der Grenzkantone an den grenzüberschreitenden europäischen Programmen wie Interreg finanziell zu unterstützen.

#### Texte de l'initiative du 8 décembre 1992

Le Grand Conseil de la République et Canton du Valais demande au Conseil fédéral et aux Chambres fédérales de:

- renforcer la péréquation financière et garantir son financement;
- réviser la loi sur l'aide aux investissements en région de montagne (LIM), la loi sur le cautionnement et la loi sur le crédit hôtelier, en leur donnant le caractère de «loi montagne» dans le sens suivant:
  - prévoir une politique de montagne globale et intégrée, notamment en coordonnant les politiques sectorielles avec la politique régionale;
  - développer des mesures de promotion économique de nature à maintenir et à créer des emplois qualifiés en montagne;
  - assurer une égalité des chances des régions périphériques dans le domaine des télécommunications et des infrastructures facilitant l'activité économique;

- doter le fonds LIM de manière plus substantielle et renforcer l'aide aux PME par des cautionnements et des prises en charge d'intérêts plus importants;
- 3. favoriser la promotion touristique à l'étranger par l'augmentation des subventions à l'Office national suisse du tourisme;
- 4. soutenir financièrement la participation des cantons frontaliers aux programmes européens transfrontaliers de type Interreg.

Herr **Matthey** unterbreitet im Namen der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht:

Wir unterbreiten Ihnen hiermit gemäss Artikel 44 des Geschäftsreglements des Nationalrates den Bericht der Kommission, die mit der Vorprüfung der vom Kanton Wallis am 8. Dezember 1992 eingereichten Standesinitiative betraut war. Diese Initiative fordert die eidgenössischen Räte auf, den Finanzausgleich zu verstärken und dessen Finanzierung zu gewährleisten, die Bundesgesetze über Investitionshilfe für Berggebiete, über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen in Berggebieten und über die Förderung des Hotel- und Kurortskredites zu ändern und sie im Sinne eines «Gesetzes für die Berggebiete» auszugestalten; im weiteren sollen im Ausland die Werbung für den Tourismus in der Schweiz durch vermehrte Subventionen zugunsten der Schweizerischen Verkehrszentrale gefördert und die Beteiligung der Grenzkantone an den grenzüberschreitenden europäischen Programmen wie Interreg finanziell unterstützt werden.

- Stand der Arbeiten in der Bundesversammlung und der Verwaltung zum gleichen Gegenstand  
Zum Thema «Regionalpolitik» sind in den letzten fünf Jahren zahlreiche parlamentarische Vorstösse eingereicht worden, die insbesondere der Investitionshilfe im Berggebiet und der Hilfe zugunsten wirtschaftlich bedrohter Regionen galten. Dazu wurden zuletzt eingereicht:
  - 91.3398 Motion Brügger Cyrill vom 5. Dezember 1991 «Ueberprüfung der Regionalpolitik. Revision des IHG». Der Bundesrat beantragt Umwandlung in ein Postulat;
  - 91.3314 Motion Matthey vom 25. September 1991 «Hilfe an wirtschaftlich bedrohte Regionen. Verlängerung des Bundesbeschlusses vom 6. Oktober 1978». Von der Bundesversammlung überwiesen;
  - 92.3410 Motion christlichdemokratische Fraktion vom 5. Oktober 1992 «Regionalpolitisches Aktionsprogramm». Vom Nationalrat als Postulat überwiesen;
  - 92.3300 Motion Ständerat (Bloetzer) vom 10. Dezember 1992 «Revision der Regionalpolitik»;
  - 93.3019 Motion der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates vom 18. Januar 1993 «Regionale Ungleichheiten in der Schweiz. Bericht».
- Aufwand und Zeitplan der parlamentarischen Arbeit  
Wir erinnern daran, dass eine Standesinitiative sich an beide Räte richtet und unabhängig vom Entscheid des Erstrats auch vom Zweitrat behandelt werden muss.
- Möglichkeit, das angestrebte Ziel mit einer Motion oder einem Postulat zu erreichen  
Die Kommission möchte der Standesinitiative in der weniger zwingenden Form eines Postulats Folge geben. Sie ist der Auffassung, dass die Forderungen des Kantons Wallis und die zahlreichen parlamentarischen Vorstösse zum selben Thema Teil eines neuen regionalpolitischen Konzepts werden sollten, das der Bundesrat auszuarbeiten hätte.
- Die Zweckmässigkeit der Behandlung, wenn über den gleichen Gegenstand eine Volksinitiative zustande gekommen ist  
Die Standesinitiative behandelt einen Gegenstand, zu dem eine Volksinitiative weder eingereicht noch ergriffen worden ist.

#### Erwägungen der Kommission

Die Kommission hat eine Delegation des Kantons Wallis angehört, die aus Herrn Deferr, Präsident des Staatsrates, und Herrn Puipe, Präsident des Grossen Rates, bestand. Die Delegation unterstrich, die Standesinitiative sei zwar auf den EWR-Vertrag zugeschnitten, habe aber auch heute nichts von

ihrer Aktualität eingebüsst, da die in ihr behandelten regionalpolitischen Probleme nach wie vor bestünden.

Die Mehrheit der Kommission ist der Auffassung, dass das Gefälle zwischen den Randregionen und den zentral gelegenen Regionen eher noch zunehmen wird. Das Berggebiet habe in erster Linie mit Strukturproblemen zu kämpfen. Die wichtigen Produktionszweige hatten und haben die Tendenz, sich in bestimmten Gebieten zu konzentrieren, was sich zuungunsten der Randregionen auswirkt.

Für das Berggebiet ist es wichtig, zur gleichen Zeit wie die anderen Regionen über moderne Infrastrukturen zu verfügen. Im Vergleich zu den zentralen und urbanisierten Regionen ist eine in einer Randregion niedergelassene Unternehmung wegen der Kosten, die für Verbindungen nach aussen und die Dienstleistungen der Telekommunikation aufgewendet werden müssen, ganz bestimmt benachteiligt.

Die Mehrheit der Kommission kommt zum Schluss, dass die Probleme, die durch das zunehmende regionale Ungleichgewicht entstehen, zu den vordringlichsten politischen Fragen der nächsten Jahre gehören. Der Bund muss sich entscheiden, welchen Stellenwert er der Regionalpolitik im Hinblick auf den Fortbestand des nationalen Zusammenhalts einräumt.

Die Minderheit der Kommission widersetzt sich der Standesinitiative insbesondere aus finanzpolitischen Gründen. Sie ist der Auffassung, dass dem Bund die Mittel fehlen, um den Finanzausgleich zu verstärken, die Subventionen zugunsten des Tourismus, die das Parlament kürzlich gekürzt hat, auszubauen, oder grenzüberschreitende Programme zu fördern.

#### *Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 7. Juni 1993*

Mit Schreiben vom 6. Mai 1993 an den Bundesrat haben Sie diesen um Bericht und Antrag zur Standesinitiative Wallis vom 8. Dezember 1992 «Hilfe an finanzschwache Regionen» er sucht.

##### 1. Gegenstand

Die Initiative fordert den Bundesrat auf, den Finanzausgleich zu verstärken und mittels eines Gesetzes für die Berggebiete eine globale, integrierte Berggebietspolitik zu entwickeln, die sektorielle Politiken mit der Regionalpolitik koordiniert. Ferner sind Massnahmen zur Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze im Berggebiet vorzusehen, die Chancengleichheit der Randregionen im Bereich der Telekommunikation zu gewährleisten, der IHG-Fonds stärker zu dotieren und die Unterstützung an Klein- und Mittelbetriebe auszudehnen. Schliesslich soll die Schweizerische Verkehrszentrale vermehrt subventioniert und die Beteiligung der Grenzkantone an grenzüberschreitenden europäischen Programmen finanziell unterstützt werden.

##### 2. Stellungnahme zur Standesinitiative

Die durch die Standesinitiative geforderten Neuerungen können im Rahmen der eingeleiteten Arbeiten zur Neuorientierung der Regionalpolitik materiell geprüft werden. Einer Umwandlung der Initiative in ein Postulat und dessen Annahme durch den Bundesrat steht daher nichts entgegen.

##### 3. Aktueller Stand in der Bearbeitung der angesprochenen Thematik

###### Zu Ziffer 1 der Initiative

In den letzten Jahren ist der bundesstaatliche Finanzausgleich mit verschiedenen Massnahmen deutlich verstärkt worden. In chronologischer Reihenfolge erinnern wir insbesondere an:

- den 1990 und 1992 in zwei Schritten erfolgten deutlichen Ausbau des Finanzausgleichs mit der direkten Bundessteuer um rund 30 Prozent;
- die Ausmerzung des sogenannten Basiseffektes bei der Berechnung der Finanzkraftindizes der Kantone; eines Effektes, der mit Ausnahme des schwächsten namentlich die finanzschwachen Kantone benachteiligt hat;
- die stark finanzausgleichsorientierte Verteilung des zusätzlichen Nationalbankgewinnanteils der Kantone;
- die Respektierung der Anliegen der Kantone, insbesondere der finanzschwächeren, bei der Ausgestaltung der Sanierungsprogramme 1992 und 1993 des Bundes; sowie an
- die beträchtliche Gewichtung der Finanzkraft auch bei der

Festlegung der Darlehen der einzelnen Kantone an die Arbeitslosenversicherung.

Zudem hat die Verwaltung die Finanzausgleichsfunktion auch in den einschlägigen laufenden Geschäften verstärkt wahrgenommen.

Mit all diesen Massnahmen hat der Bund – im Einvernehmen mit der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren (FDK) und in Ergänzung zu den unbeeinflussbaren Auswirkungen der Rezession – massgeblich dazu beigetragen, dass sich die Entwicklung der finanziellen Disparitäten unter den Kantonen in den letzten zwei, drei Jahren eher stabilisiert hat.

Der Bundesrat ist sich jedoch bewusst, dass die finanzschwächeren Kantone bei einem Anziehen der Konjunktur strukturell bedingt erneut ins Hintertreffen gelangen könnten. Zudem hat er Mitte Mai von einer eingehenden Lageanalyse des EFD und der FDK hinsichtlich des bundesstaatlichen Finanzausgleichs Kenntnis genommen. Diese kommt zum Schluss, dass eine Neuordnung der finanziellen Beziehungen zwischen Bund und Kantonen angesichts zahlreicher, teilweise gravierender Systemmängel unumgänglich ist. Erste Schritte im Hinblick auf die Finanzausgleichsreform sind bereits eingeleitet worden. Der Bundesrat wird hiezu anfangs 1994 erste materielle Grundsatzentscheide fällen.

###### Zu Ziffer 2 der Initiative

Im Bericht über die Legislaturplanung 1991–1995 hat der Bundesrat in Aussicht gestellt, die direkten regionalpolitischen Instrumente des Bundes zu überprüfen. Im Vordergrund stehen die Dezentralisierung bisheriger Vollzugsaufgaben und -kompetenzen, die verstärkte regionalpolitische Koordination der Bundestätigkeiten und die Einbindung der Regionalpolitik in den europäischen Rahmen. In diesem Zusammenhang wird der Bundesrat auch den regionalpolitischen Auftrag des Bundes neu umschreiben, ein regionalpolitisches Massnahmenpaket beantragen und einen Bericht über die Grundzüge der Tourismuspolitik vorlegen.

Der Bundesrat hat am 14. Dezember 1992 von einem Aussprachepapier zur Neuorientierung der Regionalpolitik Kenntnis genommen und dem EVD entsprechende Aufträge zur weiteren Bearbeitung erteilt. Diese wurde in Zusammenarbeit mit der Beratenden Kommission für regionale Wirtschaftsförderung in Angriff genommen.

Die unterschiedlichen regionalen Auswirkungen raumwirksamer Tätigkeiten des Bundes haben den Bundesrat 1986 veranlasst, Weisungen über die regionalpolitische Koordination der Bundestätigkeit zu erlassen. Die allgemeine Bundesverwaltung sowie die eidgenössischen Anstalten und Betriebe werden darin auf die Berücksichtigung der regionalpolitischen Ziele bei der Erfüllung ihrer Aufgaben verpflichtet. Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates hat – in Zweifel an der Wirksamkeit dieser Zielgleichrichtung der Aktivitäten – der Parlamentarischen Verwaltungskontrolstelle (PVK) den Auftrag erteilt, die Koordinationsbemühungen zwischen Regional- und Sektoralpolitik einer Evaluation zu unterziehen. Die PVK schlägt zusätzlich vor, auch die vertikale Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Regionen im Bereich der Regionalpolitik zu untersuchen. Ergebnisse sollten bis Ende 1993 vorliegen.

Der Bundesbeschluss zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsstrukturen und der Standortattraktivität, der vom Bundesrat demnächst in die Vernehmlassung gegeben wird, sieht ein Bündel von Massnahmen vor, die nicht zuletzt finanzschwachen Regionen zugute kommen. Vorgesehen sind verstärkte Anstrengungen zur Promotion des Unternehmensstandortes Schweiz im Ausland, eine Verbesserung der Information und Beratung der Klein- und Mittelbetriebe im Innovationsbereich sowie hinsichtlich des europäischen Binnenmarktes, ausserdem in wirtschaftlich bedrohten Regionen einzelbetriebliche Hilfen (Bürgschaften und Steuererleichterungen) für Innovationsvorhaben und Neuansiedlungen.

###### Zu Ziffer 3 der Initiative

Die Förderung der touristischen Marktbearbeitung kann wesentlich zur Belebung des inländischen Konsums und damit zur Verbesserung der Wirtschaftslage beitragen. Aus diesem Grund hat der Bund für die Jahre 1993 und 1994 die Beiträge an die Schweizerische Verkehrszentrale erhöht. Der Bundes-

rat ist bereit, auch in Zukunft für eine wirksame und finanziell ausreichend ausgestattete touristische Landeswerbung zu sorgen.

Er hat einen auswärtigen Experten beauftragt, die Aufgaben und die Organisation der Schweizerischen Verkehrszentrale aufgrund der neuesten Entwicklungen des touristischen Weltmarktes zu überprüfen. Er wird den eidgenössischen Räten bereits 1994 eine Botschaft vorlegen, welche Vorschläge für den Auftrag und die Finanzierung der Verkehrszentrale in den neunziger Jahren enthalten wird.

Zu Ziffer 4 der Initiative

Die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit über die Grenze hinaus ist Gegenstand verschiedener neuerer parlamentarischer Vorstösse. Der Bundesrat hat sich aufgrund eines Postulates Onken (92.3525) vom 16. Dezember 1992 bereit erklärt, einen Bericht über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Kantone zu erstellen. Dieser soll die rechtlichen und institutionellen Handlungsmöglichkeiten ausloten und darlegen, besonders erfolgreiche Kooperationsformen im Grenzraum aufzeigen und Perspektiven einer innovativen «ausserpolitischen» Rolle der schweizerischen Kantone im Integrationsprozess formulieren.

Unter Federführung des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (Direktion für Völkerrecht) arbeiten zurzeit verschiedene Bundesstellen an diesem Bericht. Die Abklärung konkreter Anliegen der Kantone an den Bund – wie das in der Standesinitiative erwähnte – ist vorerst Gegenstand einer Erhebung bei den Kantonen mittels Fragebogen. Auf dieser Grundlage und nach einer Interessenabwägung ist vorgesehen, im Bericht ebenfalls Perspektiven über die Mitwirkungsmöglichkeiten des Bundes in der grenzüberschreitenden Regionalpolitik aufzuzeigen.

**M. Matthey** présente au nom de la commission le rapport écrit suivant:

Nous vous soumettons, conformément à l'article 44 du règlement du Conseil national, le rapport de la commission chargée de donner un préavis sur l'initiative du canton du Valais déposée le 8 décembre 1992. Cette initiative demande aux Chambres fédérales que l'on renforce la péréquation financière et garantisse son financement, que l'on révisé la loi sur l'aide aux investissements en région de montagne, la loi sur le cautionnement et la loi sur le crédit hôtelier, en leur donnant le caractère de «loi montagne», que l'on favorise la promotion touristique à l'étranger par l'augmentation des subventions à l'Office national suisse du tourisme, et que l'on soutienne financièrement la participation des cantons frontaliers aux programmes européens transfrontaliers de type Interreg.

1. Etat des travaux sur le même objet dans l'Assemblée fédérale et dans l'administration

Sur le thème «politique régionale», on relève, lors de ces cinq dernières années, de nombreuses interventions parlementaires ayant trait essentiellement à l'aide aux investissements dans les régions de montagne et à l'aide aux régions dont l'économie est menacée. Les plus récentes sont:

– la motion 91.3398 Brügger Cyrill du 5 décembre 1991 «Réexamen de la politique régionale. Révision de la LIM» que le Conseil fédéral propose de transformer en postulat;

– la motion 91.3314 Matthey du 25 septembre 1991 «Aide aux régions dont l'économie est menacée. Prorogation de l'arrêté fédéral du 6 octobre 1978», transmise par les Chambres fédérales;

– la motion 92.3410 du groupe démocrate-chrétien du 5 octobre 1992 «Politique régionale. Programme d'action», transmise comme postulat par le Conseil national;

– la motion 92.3300 du Conseil des Etats (Bloetzer) du 10 décembre 1992 «Politique régionale. Révision»;

– la motion 93.3019 de la Commission de l'économie et des redevances du Conseil national du 18 janvier 1993 «Disparités régionales en Suisse. Rapport».

2. Ampleur et calendrier des travaux parlementaires qu'imposerait l'initiative

Rappelons qu'une initiative cantonale s'adresse aux deux Chambres. Le second conseil devra la traiter quelle que soit la décision du conseil prioritaire.

3. Possibilité de transformer l'initiative en motion ou postulat pour atteindre le but visé

La commission a souhaité donner suite à cette initiative cantonale sous la forme moins contraignante d'un postulat. La commission a en effet estimé que les requêtes du canton du Valais, ajoutées aux nombreuses interventions parlementaires sur le même thème, devraient faire partie d'un nouveau concept de politique régionale élaboré par le Conseil fédéral.

4. Opportunité de traiter l'initiative lorsqu'une initiative populaire a abouti sur le même objet

Aucune initiative populaire portant sur le même objet n'a été déposée ni lancée.

#### *Considérations de la commission*

La commission a entendu une délégation du canton du Valais le 4 mai 1993, représentée par M. Deferr, président du Conseil d'Etat et M. Puipe, président du Grand Conseil. Cette délégation a rappelé que cette initiative avait certes été conçue dans le cadre de l'Accord sur l'EEE, mais qu'elle gardait néanmoins toute sa pertinence, car les problèmes soulevés en matière de politique régionale demeurent aujourd'hui entiers.

La majorité de la commission constate que les disparités entre les régions périphériques et les régions du centre ont tendance à s'accroître. Les régions de montagne doivent avant tout faire face à des problèmes d'ordre structurel. Les facteurs de production ont et auront toujours tendance à se concentrer dans certaines zones, au détriment des régions périphériques.

Il est important pour les régions de montagne de disposer d'infrastructures modernes, en même temps que les autres. Par rapport aux régions centrales et urbanisées, le coût des communications et des services de télécommunication, instruments de développement importants, sont un désavantage certain pour une entreprise implantée dans les régions périphériques.

En définitive, la majorité de la commission est d'avis que la problématique liée à l'accroissement des disparités régionales sera l'une des questions politiques les plus importantes des prochaines années. Il faudra savoir quelle importance la Confédération entend donner à la politique régionale dans le sens de la garantie à une cohésion nationale.

La minorité de la commission s'oppose à cette initiative essentiellement pour des raisons financières. Elle estime que la Confédération n'a pas les moyens de renforcer la péréquation financière, de distribuer des subventions pour le tourisme – diminuées récemment par le Parlement – ou pour des programmes transfrontaliers.

#### *Rapport écrit du Conseil fédéral du 7 juin 1993*

Par lettre du 6 mai 1993, vous avez invité le Conseil fédéral à présenter un rapport et une proposition concernant l'initiative du canton du Valais du 8 décembre 1992 «Politique d'aide aux régions financièrement faibles».

1. Objet

L'initiative demande au Conseil fédéral de renforcer la péréquation financière et, par le biais d'une loi pour les régions de montagne, de développer une politique globale et intégrée des régions de montagne en coordonnant les politiques sectorielles avec la politique régionale. En outre, il y a lieu de prévoir des mesures en vue de créer des emplois qualifiés dans les régions de montagne, d'assurer une égalité des chances des régions périphériques dans le domaine des télécommunications, de doter le fonds LIM de manière plus substantielle et de renforcer l'aide aux petites et moyennes entreprises. Enfin, il faut augmenter les subventions allouées à l'Office national suisse du tourisme et soutenir financièrement la participation des cantons frontaliers aux programmes européens transfrontaliers.

2. Prise de position concernant l'initiative cantonale

Les innovations demandées dans l'initiative cantonale pourront être examinées, quant au fond, dans le cadre des travaux entrepris en vue de la réorientation de la politique régionale. Rien ne s'oppose à une transformation de l'initiative en postulat et à son acceptation par le Conseil fédéral.

### 3. Point de la situation concernant le traitement des thèmes évoqués

#### Chiffre 1 de l'initiative

Ces dernières années, diverses mesures ont permis de renforcer considérablement la péréquation financière fédérale. Dans l'ordre chronologique, nous rappelons notamment:

- le renforcement substantiel de quelque 30 pour cent de la péréquation financière avec l'impôt fédéral direct, qui s'est opéré en deux étapes en 1990 et 1992;
- la suppression de «l'effet de base» pour calculer les indices de la capacité financière des cantons, un effet qui a surtout défavorisé les cantons financièrement faibles, hormis le plus faible;
- la répartition fortement axée sur la péréquation financière de la part supplémentaire des cantons au bénéfice de la Banque nationale;
- le respect des souhaits exprimés par les cantons, notamment des plus faibles financièrement, lors de l'établissement des programmes d'assainissement de la Confédération en 1992 et 1993, ainsi que
- la pondération importante de la capacité financière en ce qui concerne la fixation des prêts des divers cantons à l'assurance-chômage.

En outre, l'administration a également assumé de manière renforcée la fonction de la péréquation financière dans les affaires courantes qui s'y rapportent.

En instaurant toutes ces mesures, la Confédération, d'entente avec la Conférence des directeurs cantonaux des finances (CDF) et en complément des effets incontournables de la récession, a contribué de façon décisive à stabiliser l'évolution des disparités financières entre les cantons au cours de ces deux ou trois dernières années.

Le Conseil fédéral est toutefois conscient de ce que les cantons financièrement plus faibles pourraient être de nouveau défavorisés en cas de reprise de la conjoncture, du fait de l'évolution structurelle. En outre, il a pris acte, à mi-mai, d'une analyse approfondie du DFF et de la CDF quant à la situation de la péréquation financière fédérale. Cette analyse conclut qu'un nouveau régime des relations financières entre la Confédération et les cantons est inévitable en raison de nombreuses lacunes, parfois graves, du système. Les premières démarches ont déjà été entreprises en vue de procéder à une réforme de la péréquation financière. A cet égard, le Conseil fédéral prendra au début de 1994 les premières décisions de principe sur cette question.

#### Chiffre 2 de l'initiative

Dans le rapport sur le programme de législature 1991–1995, le Conseil fédéral a fait part de son intention de réexaminer les instruments directs de la politique régionale. Il s'agit notamment de la décentralisation des tâches et des compétences en matière d'exécution, de la coordination accrue des activités de la Confédération dans le domaine de la politique régionale et de l'intégration de la politique régionale dans le contexte européen. A cet égard, le Conseil fédéral redéfinira également le mandat de la politique régionale, proposera un train de mesures en matière de politique régionale et présentera un rapport sur la conception de la politique du tourisme.

Le 14 décembre 1992, le Conseil fédéral a pris acte d'une note de discussion concernant la réorientation de la politique régionale et a confié au DFEP divers mandats pour la poursuite des travaux. Ceux-ci ont été entrepris en collaboration avec la Commission consultative pour le développement économique régional.

Les diverses répercussions régionales des activités de la Confédération ont incité le Conseil fédéral à édicter, en 1986, des directives sur la coordination des activités de la Confédération dans le domaine de la politique régionale. L'administration générale de la Confédération ainsi que les institutions et les régies fédérales sont enjointes dans ce document de tenir compte des objectifs de la politique régionale dans l'accomplissement de leurs tâches. Doubtant de l'efficacité des objectifs de ces activités, la Commission de gestion du Conseil national a donné mandat à l'organe parlementaire de contrôle de l'administration d'effectuer une évaluation des efforts de coordination entre la politique régionale et la politique sectorielle.

Cet organe propose également d'examiner la collaboration verticale entre la Confédération, les cantons et les régions dans le domaine de la politique régionale. Les résultats devraient être présentés avant la fin de 1993.

L'arrêté fédéral sur le renforcement des structures économiques régionales et la promotion de l'implantation industrielle, qui sera prochainement mis en consultation par le Conseil fédéral, prévoit un train de mesures qui profitera notamment aux régions financièrement faibles. Cet arrêté prévoit des efforts accrus pour promouvoir la place économique suisse à l'étranger, une amélioration de l'information et de la consultation des petites et moyennes entreprises dans le domaine de l'innovation et, dans l'optique du marché intérieur européen, des aides financières (cautionnements et allègements fiscaux) aux entreprises des régions dont l'économie est menacée pour des projets d'innovation et pour de nouvelles implantations.

#### Chiffre 3 de l'initiative

La promotion du marketing touristique peut stimuler la consommation dans notre pays et contribuer ainsi à améliorer la situation économique. C'est pourquoi la Confédération a augmenté les subventions allouées pour 1993 et 1994 à l'Office national suisse du tourisme. Le Conseil fédéral est prêt à soutenir, à l'avenir également, une promotion touristique nationale efficace et à la doter de fonds suffisants.

Il a chargé un expert externe d'évaluer les tâches et l'organisation de l'Office national suisse du tourisme sur la base des nouveaux développements du marché mondial du tourisme. Il présentera, en 1994, un message aux Chambres fédérales qui intégrera des propositions concernant le mandat et le financement de l'Office national suisse du tourisme dans les années nonante.

#### Chiffre 4 de l'initiative

Le renforcement de la collaboration régionale transfrontalière a fait l'objet récemment de diverses interventions parlementaires. Suite au postulat Onken (92.3525) du 16 décembre 1992, le Conseil fédéral s'est déclaré prêt à rédiger un rapport sur la collaboration transfrontalière des cantons. Celui-ci doit sonder et exposer les moyens d'actions juridiques et institutionnelles, notamment indiquer les formes de coopération fructueuses dans les régions frontalières et formuler les perspectives d'un rôle novateur, en matière de «politique extérieure», des cantons suisses dans le processus d'intégration.

Sous la responsabilité du Département fédéral des affaires étrangères (Direction du droit international public), divers services de l'administration fédérale travaillent actuellement à ce rapport. La clarification des requêtes concrètes présentées à la Confédération par les cantons, telles qu'elles sont mentionnées dans l'initiative, fait tout d'abord l'objet d'une enquête réalisée au moyen d'un questionnaire auprès des cantons. Après l'examen des intérêts en jeu, il est aussi prévu d'exposer dans le rapport les perspectives quant aux possibilités de participation de la Confédération à la politique régionale transfrontalière.

#### Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt mit 9 gegen 8 Stimmen, der Initiative keine Folge zu geben und ein Postulat mit dem gleichen Wortlaut zu überweisen.

#### Proposition de la commission

La commission propose par 9 voix contre 8 de ne pas donner suite à l'initiative et de transmettre un postulat avec un texte identique.

#### Angenommen – Adopté

## **Standesinitiative Wallis Hilfe an finanzschwache Regionen**

### **Initiative du canton du Valais Politique d'aide aux régions financièrement faibles**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1993
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	14
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	92.313
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	17.06.1993 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1317-1320
Page	
Pagina	
Ref. No	20 022 856

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.